

Es gilt das gesprochene Wort!

**Oberbürgermeister Wolfgang Griesert**

**Handgiftenrede**

**Montag, 7. Januar 2019, 18 Uhr, im Friedenssaal**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe, Sie haben ein friedliches Weihnachtsfest erlebt, konnten nach einem anstrengenden und intensiven Jahr ein wenig Ruhe und Erholung im Kreise Ihrer Familie finden, und sind gut ins neue Jahr gekommen. Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches neues Jahr, Glück, Gesundheit, Frieden, Zuversicht und die Kraft, die wir brauchen, um uns auch in Zukunft für das Allgemeinwohl einzusetzen.

Und so begrüße ich Sie im neuen Jahr zu unserem Handgiftentag ganz herzlich, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Minister Boris Pistorius, sehr geehrtes Mitglied des Europäischen Parlamentes, Herr Tiemo Wölken, sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Mathias Middelberg, sehr geehrte Mitglieder des Landtages, sehr geehrte Frau Erste Kreisrätin Bärbel Rosensträter, sehr geehrter Ehrenbürger Hans-Jürgen Fip, sehr geehrte Mösermedaillen-, Bürgermedaillen- und Ehrenringträger, sehr geehrte Vertreter der Kirchen- und Religionsgemeinschaften, sehr geehrter Herr Polizeipräsident Michael Maßmann, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wolfgang Lücke, sehr geehrte Frau Dietlind Sachtleben, seien Sie alle hier im Friedenssaal herzlich willkommen.

Leider können aus unterschiedlichen Gründen heute nicht alle Ratsmitglieder an dieser ersten Ratssitzung im neuen Jahr teilnehmen. Ein besonderer Gruß mit Genesungswünschen möchte ich auch in Ihrem Namen an unsere Ratsvorsitzende, Eva-Maria Westermann, senden. Den Ratsmitgliedern Frank Henning, Burkhard Jasper und Volker Bajus, die in den vergangenen Tagen Geburtstag feierten, gratuliere ich nachträglich ganz herzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist guter Brauch, am Handgiftentag auf die wichtigen Ereignisse des vergangenen Jahres zurück-, um dann auf die kommenden Monate vorauszublicken. Im Zentrum dieses Rück- und Ausblicks stehen selbstverständlich in erster Linie die Ereignisse in unserer Stadt. Anschließend wollen wir uns die Hände reichen, um mit dieser Geste den Willen auszudrücken, gemeinsam für

das Allgemeinwohl in Osnabrück einzutreten. Aber was hat schon „nur“ lokale Bedeutung, wenn uns als Europäer der bevorstehende Brexit doch genauso betrifft wie die jüngsten Auseinandersetzungen in Frankreich?

„Osnabrück in Europa, Europa in Osnabrück“ – das haben wir, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, am 24. Oktober des vergangenen Jahres in Erinnerung an den Beginn des Dreißigjährigen Kriegs und an den Westfälischen Frieden dokumentiert, als wir uns in das Goldene Buch unserer Friedensstadt eingetragen haben. Mit unseren Unterschriften haben wir ein Zeichen dafür gesetzt, dass wir für unser Europa eintreten: dass Osnabrück nicht nur eine Stadt in Europa, sondern eine Stadt Europas ist. Auch deswegen beobachten wir durchaus besorgt die widersprüchlichen Entwicklungen rund um den Brexit.

Als frühere größte britische Garnison außerhalb Großbritanniens sind wir mit diesem Land verbunden, ohne das Europa schlicht nicht vorstellbar ist; auch deswegen, weil englische Soldaten unsere Stadt von den Nazis befreit haben.

Gemeinsam für das Allgemeinwohl: das ist in unübersichtlichen Zeiten nicht immer ganz leicht; nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil bisweilen nicht ganz leicht zu erkennen ist, was das Allgemeinwohl ist. Da mag es vielleicht einfacher sein, wenn wir uns fragen, was dem Allgemeinwohl nicht dienlich ist.

Vor dem Hintergrund des menschlichen Faktors, nicht perfekt zu sein, möchte ich daher gleich zu Beginn auf die Baustellen und deren Koordination in der Stadt eingehen: Kein anderes Thema scheint die Gemüter derartig zu erregen und zu erhitzen. Nun können wir uns privat als Autofahrer darüber aufregen, hupen und schimpfen, verständnislos den Kopf schütteln, um die Luft mit einem „Typisch!“ auszuatmen. Wir können in unseren beruflichen Funktionen Umfragen in Auftrag geben, deren Ergebnisse bestätigen, was wir vorher auch schon gewusst haben. Masochistisch können wir die öffentliche Meinungsbildung mit den nicht ganz unerwarteten Ergebnissen speisen.

Aber wir haben dadurch die Welt in Osnabrück weder geändert noch verbessert: Keine Baustelle wird dadurch beschleunigt. Und müssen wir uns schlechter machen als all die anderen Städte in Deutschland, die ebenfalls im laufenden Betrieb sozusagen das Modell wechseln, ohne dabei auszusteigen? Das, was wir auf den Straßen in Osnabrück erleben, ist die Wirklichkeit aller deutschen Großstädte: Großstadttrevier! Alle müssen ihre Infrastruktur erneuern und das bei immer dichter werdendem Verkehr. Wenn das aber nicht reibungslos so läuft, wie gewünscht, dann sind die Verantwortlichen auch gleich gefunden. Hat aber einer, außer unseren Baustellenmanagern, das Knowhow, diese zu organisieren und abzuwickeln? Ich wage das zu bezweifeln! In allen Städten wollen alle, wenn sie fahren müssen, nicht stehen, und wenn sie stehen wollen, nicht fahren. Wir sind an einer physikalisch zu berechnenden Grenze angekommen, die aus unseren Straßen einen Flaschenhals macht.

Trotzdem oder gerade deswegen, haben wir in den vergangenen Monaten zahlreiche Initiativen gestartet und Instrumente diskutiert, um das Baustellenmanagement, die Abstimmungsprozesse und die Arbeiten auf den Baustellen selbst zu verbessern und zu beschleunigen.

Erwarten Sie aber dadurch bitte keine Wunder und stellen Sie sich bitte darauf ein, dass uns der Modernisierungsschub noch einige Jahre in Atem halten wird – zumal der Breitbandausbau noch hinzukommt, der weniger mit Groß-, als vielmehr mit zahlreichen Kleinbaustellen verbunden ist. Wir prüfen Möglichkeiten, die Rheiner Landstraße während ihrer Sanierung einspurig offen zu halten – zu Einschränkungen wird es aber auf jeden Fall kommen. Und mit der Knollstraße sind wir auch noch nicht durch, hoffentlich aber Ende des Jahres. Und der Brückenbau an der Hamburger Straße steht uns auch noch bevor.

Darüber können wir nun schimpfen, sollten aber besser die Notwendigkeit erklären und uns – um der Zukunft willen – in das Unvermeidliche fügen und das so gut wie möglich umsetzen.

Dabei machen die Baustellenkoordinatoren einen ziemlich guten Job, haben viel Erfahrung und wissen, was passiert, wenn wir mit einer Baustelle in den Verkehrsfluss eingreifen. Aber was hilft das, wenn uns die Infrastruktur unter den Straßen zusammenzubrechen droht und ad hoc repariert werden muss? Was nützt das, wenn wir den ÖPNV elektrifizieren wollen und dafür Kreuzungen umgestalten und insbesondere die Endhaltestellen aufrüsten müssen?

Was nützt das, wenn wir Schulen und Kliniken weiter digitalisieren wollen und dafür die Leitungen verlegen müssen?

Meines Erachtens sollten wir mehr dafür tun, um Verständnis zu werben für einen Prozess in der Stadtentwicklung, in der sich die Stadt gleichsam neu erfinden muss, um die völlig veränderten Anforderungen der Kommunikation, der Mobilität und des Gewerbes auch zukünftig zu erfüllen. Lassen Sie uns da, wo wir gut sind, besser werden, statt uns da, wo wir nicht so gut sind, noch schlechter zu reden. Ersteres ist die Kunst der Virtuosen, letzteres die Trivialität derjenigen Nörgler, die keine Verantwortung haben, das aber sehr gern in den sozialen Medien zum Besten geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich, meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis erwähnen, die auch dadurch nicht schlechter wird, dass einige behaupten, sie müsse anders und neu organisiert werden. Allen Unkenrufen zum Trotz sage ich, dass wir gut und deswegen auch meist geräuschlos zusammenarbeiten, wo es notwendig und sinnvoll ist. In einigen Bereichen setzen wir unterschiedliche Akzente, die allerdings nicht im Widerspruch zu einander stehen. Ganz im Gegenteil: Stadt und Landkreis müssen auch unterschiedliche Akzente setzen können. Und auch das hat seine Berechtigung.

Das sehen die kreisangehörigen Städte wie Wallenhorst, Georgsmarienhütte und Melle übrigens genauso. Manche tun aber so, als hätten wir vor, Zollschränke und Grenzzäune zu bauen, vielleicht auch noch unterschiedliche Währungen einzuführen. Dann folgen hysterische Kommentierungen und Verbesserungsvorschläge, die doch immer wieder nichts anderes sind, als die Begleitgeräusche einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Ähnlich verhält es sich mit der Kritik an der vermeintlich zu verbessernden Wirtschaftsfreundlichkeit. Meine Damen und Herren, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind sich doch einig darin, dass wir eine möglichst starke Region sein müssen, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, um konkurrenzfähig zu bleiben, um Fachkräfte in unsere Region zu bekommen. Aber das ist ein Miteinander von Wirtschaft, Politik und Verwaltung, und kein Gegeneinander. Deshalb bin ich froh, dass der Aufsichtsrat unserer WFO häufig mit Vertretern aus der freien Wirtschaft besetzt ist, die auch über den kommunalen Tellerrand hinausblicken.

Dieses „über den Tellerrand hinausblicken“ ist von zentraler Bedeutung für das von Stadt und Landkreis getragene ICO und das seedhouse, das von namhaften Partnern aus dem Wirtschaftsraum Osnabrück unterstützt wird: Der Erfolg dieser – wenn ich so sagen darf – Startups für Startups hängt maßgeblich davon ab, dass die Mitarbeiter dort allen anderen mindestens einen Schritt voraus und dabei vielleicht auch etwas abgehoben sind: damit sie unbefangenen etwas weiter blicken können, um technische und wirtschaftliche Potentiale bereits aufzufangen, wenn andere von diesen noch gar nichts gehört haben.

Meine Damen und Herren,

als Verantwortliche müssen wir die historische Übergangsphase unserer Stadt gestalten, in der das Alte alt geworden ist und erneuert werden muss für etwas Neues, dessen Gestalt und Folgen noch nicht völlig klar zu erkennen sind. Das Stichwort lautet bekanntlich: Digitalisierung, und da insbesondere: Künstliche Intelligenz. Und gerade in Hinblick auf dieses Thema sind wir doch in Osnabrück mit unseren Hochschulen gut unterwegs. Und deswegen sollten wir uns zusammeneinander und -finden und nicht ständig das wiederholen, was uns zu Gleichen unter Gleichen macht.

Wir sollten stattdessen stärker das betonen, was unsere Stadt unverwechselbar macht, damit mehr Gäste kommen, noch mehr Tagungen, insbesondere in unserer bei Veranstaltern bundesweit geschätzten OsnabrückHalle, stattfinden, noch mehr Besucher zu Hause von einem schönen Aufenthalt in einer traditionsreichen Stadt berichten. Dazu wollen wir uns stärker in den Tourismusverband Osnabrücker Land einbringen, aber auch das Citymarketing schärfen. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass ich am Flughafen Münster-Osnabrück kürzlich den ein-millionsten Fluggast begrüßen durfte. Das zeigt, wie wichtig der Flughafen für die Infrastruktur in unserer Region ist.

Also: lassen Sie uns doch akzeptieren, dass wir in einer Großstadt leben, die – wie im echten Leben – alle möglichen Probleme zur selben Zeit zu lösen hat.

Dazu gehört auch das Wohnungsproblem – wie wir wissen, eine der zentralen Herausforderungen dieser Jahre. Wir sind nicht so schnell, wie wir sein wollen, sind aber mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, wie Heimstättenverein, WGO und Stephanswerk auf einem guten Weg. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Diskussion über den größten privaten Vermieter in der Stadt anknüpfen.

Fehler, falsche Abrechnungen, „Modernisierungen, die Mieter zur Kündigung zwingen“ – all das muss natürlich klar benannt, auch kritisch befragt und gegebenenfalls gerichtlich geklärt werden. Aber in diesem Zusammenhang die Moralkeule zu schwingen, und so zu tun, als sei es schon verwerflich, dass ein DAX-notiertes Unternehmen eben auch wirtschaften muss, und dass der Betrug sozusagen Unternehmenszweck ist, das halte ich für unangemessen – sogar schädlich für unsere Stadt. Meine Damen und Herren, wir brauchen dieses Unternehmen auch für die von uns allen gewollte energetische Modernisierung der Gebäude – anders ist die vom Rat beschlossene Klimaschutzstrategie nicht umsetzbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch unsere Wohnbaulandoffensive erwähnen, die selbstverständlich soziale Ziele berücksichtigen muss: Wir wollen und wir müssen für unsere jetzt zum Jahresende 169.108 Einwohner, mit Zweitwohnsitz sogar 171.175 Menschen bezahlbaren Wohnraum schaffen! Andererseits kann keine Wohnungsgesellschaft dieser Welt – egal ob kommunal oder kommerziell – unsere Stadt größer machen, als sie ist. Und den Boden, der nicht im städtischen Eigentum ist, müssen wir erwerben – in zähen Verhandlungen. Im Umfeld dieser Schwierigkeiten sind wir doch schon ziemlich weit gekommen.

Im Übrigen: Wäre eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft die Lösung aller Probleme, hätten Städte mit eben solchen Gesellschaften nicht die gleichen Probleme wie diejenigen Städte, die keine solche Gesellschaft haben.

Meine Damen und Herren, die erfolgreiche Modernisierung unserer Stadt entscheidet sich zwar nicht am Neumarkt, trotzdem bin ich froh darüber, dass dieser Platz mit einer neuen Oberfläche zumindest gestalterisch zusammenbinden wird, was nicht getrennt sein soll. Damit beginnen wir – und damit meine ich sowohl Stadt als auch private Anlieger – in diesem Jahr.

Ich bin zuversichtlich, wie Sie vor kurzem schon in der NOZ lesen konnten, dass wir auch recht bald die Baugenehmigung Unibail-Rodamco-Westfield zustellen können. Das war bisher nicht möglich, weil das Unternehmen Ende Dezember noch letzte Unterlagen nachgereicht hat, deren Prüfung jetzt erfolgt. Ich bin jedoch optimistisch, dass der Investor in einigen Monaten mit dem Abriss der entsprechenden Gebäude beginnen wird. Außerdem ist die Fläche vor H&M für den genehmigten Neubau präpariert – der Investor hat den Baubeginn für nächste Woche angekündigt

–, auch das alte SportArena-Gebäude wird bald der Vergangenheit angehören und die Johannisstraße wird nun weiter zügig umgestaltet. Es geht also endlich voran.

Die Zeit des Stillstandes am Neumarkt ist vorbei: der Aufbruch steht bevor, die Vorbereitungen dafür sind nahezu abgeschlossen, auch wenn noch nicht klar ist, wie ein Gericht den Ratsbeschluss zur Sperrung des Neumarktes für den Individualverkehr und deren Auswirkung auf benachbarte Gebiete beurteilt.

In diesem Zusammenhang möchte ich daher auf mögliche Dieselfahrverbote für den Wallring eingehen. Ich gehe weiter davon aus, dass diese in Osnabrück weder angemessen noch verhältnismäßig sind, denn in diesem Jahr beginnt auch in unserer Stadt die Elektrifizierung des ÖPNV mit einer zu erwartenden weiteren Verbesserung der Luftqualität.

Damit gehören unsere Stadtwerke zu den Vorreitern emissionsarmer Mobilität in Deutschland. Wichtige Weichen sind gestellt, die insgesamt dazu beitragen sollen, den Verkehr zu verflüssigen und umweltfreundlicher zu gestalten. Unabhängig davon hoffe ich aber, dass nicht nur die Kommunen die Verantwortung für die Folgen betrügerischen Handelns zu tragen haben, sondern dass sich die Verursacher selbst in die Pflicht nehmen und verlorenes Vertrauen dadurch wieder aufbauen, dass sie wieder an die Spitze von Forschung und Entwicklung zurückkehren. Das ist unter anderem auch deswegen wichtig, weil wir wegen dieses Betrugs nicht noch weiter mit Gewerbesteuer ausfällen belastet werden dürfen.

Meine Damen und Herren,

trotzdem sind wir finanziell in einer vermeintlich komfortablen Situation. Die Vorzeichen haben sich allerdings umgekehrt: konnten wir früher nicht genug investieren, weil der Haushalt zu sehr unter Spannung stand, so können wir heute investieren, haben aber zu wenige Mitarbeiter und Unternehmen, die die Aufträge abarbeiten können – und das bei schwindelerregend schnell steigenden Preisen.

Ich möchte in diesem Jahr nicht viel zu unserem Haushalt sagen, der in einer guten Gesprächsatmosphäre vom Rat diskutiert und mit breiter Mehrheit verantwortlich beschlossen wurde.

Statt einzelne Zahlen zu betonen und hervorzuheben, möchte ich einen Aspekt nennen, der in diesem Zusammenhang eher selten genannt wird: Politische Glaubwürdigkeit und Seriosität zeigen sich in besonderer Weise im Umgang mit dem Geld unserer Bürger, mit dem wir die öffentlichen Belange für das Allgemeinwohl steuern. Wenn wir das sorgsam und nachprüfbar ordentlich machen, dann ist das die beste Vorsorge gegen eine Radikalisierung der Unzufriedenen bei gleichzeitiger Stabilisierung einer gesellschaftspolitischen Mitte, die sich auf keinen Fall

aufgeben darf. Nur sie kann zusammenhalten, was aus sich heraus die Neigung hat, auseinanderzudriften.

Wir modernisieren die Stadt, bauen eine zweite Hauptwache für die Feuerwehr, sanieren und planen Schulen und Sporthallen mit zweistelligen Millionenbeträgen und investieren in die Infrastruktur, um die Lebensqualität unserer Stadt möglichst zu verbessern und sie fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Dazu gehört auch die erfolgreiche Stabilisierung unseres Klinikums, verbunden mit der Überlegung, mit dem Paracelsus-Klinikum nicht nur enger zu kooperieren, sondern auch in einem gemeinsamen Unternehmen zu operieren.

Ganz allgemein verpflichtet uns das Allgemeinwohl dazu, vor der Größe aller gesamtstädtischen Aufgaben nicht einzuknicken. Das Allgemeinwohl ist allerdings nie radikal oder populistisch: Es ist mehr als die Summe seiner Teile. Das Allgemeinwohl ist das uns Verbindende, was uns in unseren Diskussionen und auch in unserem Meinungsstreit zusammenhält.

Um diese Aufgaben allerdings besser bewältigen zu können, habe ich dem Rat ein neues Vorstandsmodell vorgeschlagen, dessen Organisationsstruktur – soweit das schon möglich war – bereits umgesetzt worden ist.

Ohne dass in die Fachbereiche, deren Beschäftigte auch 2018 hervorragende Arbeit geleistet haben, eingegriffen werden musste, haben wir Aufgaben besser gebündelt und strukturiert, so dass Abstimmungen vereinfacht und beschleunigt werden. Ich bin sicher, dass die mit diesem Modell verbundene Verstärkung die richtige Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen unseres Wirkens ist.

Die Kultur des Zusammenhaltens wird uns in den kommenden Jahren noch einiges abverlangen. Ich meine damit auch die Entwicklung des Güterbahnhofs und des Ringlokschuppens, auf die ich schon in meiner Handgiffenrede vor einem Jahr eingegangen bin. Wir müssen sicher mehr als eine „Kleine Freiheit“ auf diesem Areal wagen. Das OVG hat zwar den B-Plan gekippt, hat aber gleichzeitig den Weg in die Revision geöffnet. Damit könnten etwaige Planungsfehler zu heilen sein, auch wenn wir uns das gesamte Verfahren noch einmal angucken müssen.

Mehr noch ist die genannte Kultur des Zusammenhaltens und Zusammenwirkens aber bei einem ganz anderen Thema gefordert, sofern wir wirklich umsetzen, was demnächst im Rat auf der Tagesordnung steht: die Sanierung unseres Theaters. Mit für die Zukunft prognostizierten 80 Millionen Euro inklusive der für die Bauzeit notwendigen Ausweichequartiere würde das – sofern der Rat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasst – ein Projekt werden, dessen finanzielle Dimensionen alles sprengt, was wir in den vergangenen Jahren umgesetzt haben. Und so werden wir uns der Frage zu stellen haben, warum uns unser Theater so viel Wert ist, dass es uns auch so teuer ist?

Wir werden viele Fragen beantworten müssen, insbesondere Fragen auch von denen, die nicht ins Theater gehen.

Andererseits fällt diese Summe nicht in einem Jahr an, einmal abgesehen davon, dass auch der Bau wohl frühestens erst in fünf Jahren beginnen kann. Nehmen wir einmal realistisch an, dass dieses Projekt erst in der nächsten oder übernächsten Ratsperiode abgeschlossen sein wird, verliert die genannte Summe – so hoch sie auch sein mag – doch etwas von ihrer Dramatik.

Aber trotzdem: Wir müssen uns mächtig ins Zeug legen, um die Osnabrücker, die Theaterbesucher, Mäzene, Sponsoren, Unternehmer, aber auch Minister des Landes und des Bundes zu überzeugen. Wir nehmen uns vor, eben keine Lagerhalle zu sanieren, sondern unser Theater! Wir müssen das Theater zu UNSEREM Theater machen, indem wir seine Geschichte erzählen und in die Zukunft projizieren. Und wir müssen erzählen, dass und warum wir das Theater so nötig brauchen, dass es für unsere Friedensstadt unverzichtbar ist. Gehört es zum genetischen Code unserer Stadt oder nicht?

Verzichtbar in der Welt der digitalisierten Medieninszenierung oder umso mehr dringend gebraucht, um auch Schülern das Angebot zu machen, insbesondere den Blick auf unsere Klassiker zu schulen, die nicht nur gelesen, sondern auch gesehen sein wollen. Können wir uns das kommunale Leben unserer Friedensstadt vorstellen, ohne eine Bühne zu haben für „Dantons Tod“, „Faust“, „Die Räuber“ und „Nathan der Weise“? Ohne „Die Zauberflöte“, „Aida“ und „Fidelio“? Ohne die Neunten Symphonien von Beethoven, Schubert und Mahler? Ich kann mir das nicht vorstellen, genauso wenig wie Osnabrück ohne den endlich wieder so erfolgreichen VfL. Aber in welche Liga wollen wir mit unserem Theater?

Spätestens seit der Eröffnung der Elbphilharmonie, seit der Eröffnung des neuen Konzertsaaes im Kulturpalast von Dresden und der Eröffnung des Pierre-Boulez-Saales in Berlin haben sich die Erwartungen der Besucher an die klanglichen Fähig- und Möglichkeiten eines Raumes deutlich hörbar verschoben. Und diese drei Beispiele sind wie Magneten der Kultur, erzeugen einen Geist, der in der Begeisterung der Besucher sein Echo findet.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch, wir werden keine Elbphilharmonie in Osnabrück bauen und auch keinen Pierre-Boulez-Saal: die gibt es ja schon!

Aber wir müssen die Situation um uns herum in unseren Überlegungen berücksichtigen, um die Frage nach UNSEREM Weg und UNSEREM Ziel zu beantworten, bevor uns diese Fragen von anderen gestellt werden. Dass das Orchester in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag feiert ist zwar nur ein Zufall, aber wir können daraus eine Fügung machen.

Meine Damen und Herren, Friedrich Schiller hat in seiner „Geschichte des Dreißigjährigen Kriegs“ die Hoffnung formuliert: „So wie die Flamme der Verwüstung[...] einen Weg fand, Deutschland,



Frankreich, das halbe Europa zu entzünden, so wird die Fackel der Kultur von diesen Staaten aus sich einen Weg öffnen, jene Länder zu erleuchten.“ Ja, die Fackel der Kultur, meine Damen und Herren, leuchtet auch in Osnabrück und macht im Sinne Schillers aus einer Stadt in Europa eine Stadt Europas – und die wollen wir doch sein! Und zwar ebenso vor wie nach dem Brexit, vor wie nach der Europawahl am 26. Mai.

Wir leben und gestalten eine Stadt Europas, was sich unter anderem an der Vielfalt der hier gesprochenen Sprachen zeigt, was sich aber auch an den Integrationsbemühungen zeigt, deren Erfolg maßgeblich davon abhängt, dass die zu uns gekommenen Menschen neben ihrer Muttersprache auch unsere zu ihrer Sprache machen. Ich finde, wir können durchaus stolz auf unsere Leistungen sein, die auch auf großartigem, ehrenamtlichem Engagement beruhen.

Allen Ehrenamtlichen in der Stadt, die Deutsch unterrichten, die Osnabrücker Tafel unterstützen, Alten in der Nachbarschaft helfen, Kindern vorlesen, Mannschaften auf dem Sportplatz trainieren oder Kinder- und Jugendfeuerwehren betreuen – ihnen allen danke ich ganz herzlich für ihre Bereitschaft, einfach zu helfen, da wo der Staat nicht helfen kann.

Zu dieser Kultur gehört auch das Deutsche Musikfest, das wir in diesem Jahr mit freundlicher Unterstützung des Landkreises kooperativ ausrichten. Darauf können wir uns ganz besonders freuen, lockt es doch Besucher aus ganz Deutschland in unsere Stadt, um gemeinsam Musik zu machen und Musik zu hören.

Kann es etwas Friedlicheres geben? Dazu werden wir neben dem Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis in diesem Jahr im Rahmen des Felix-Schoeller-Photo-Awards erstmal den Deutschen Friedenpreis für Fotografie vergeben. Wir können uns schon jetzt auf die Preisträger mit einer Ausstellung im Kulturgeschichtlichen Museum freuen. Und wir werden auch im Rahmen des Bauhaus-Jubiläums mit einem eigenen Beitrag antreten.

Meine Damen und Herren,

mit Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel, mit Herlitzius, Kreft, Janssen, Buddenberg, Drescher, Kelch, Weber, Möller, Flick, Fip und Pistorius im Rücken gehen wir in eine Zukunft, die auch für unsere Stadt nur Europa heißen kann. Unsere Vorgänger haben uns ihr Erbe übergeben, das wir weitertragen und gestalten und unseren Nachfolgern als unser Erbe übergeben wollen: in der Stadt Europas, in Osnabrück.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Wir wollen nun zum feierlichen Abschluss durch das rituelle Handgeben den guten Willen bekräftigen, uns für unsere Stadt bestmöglich gemeinsam einzusetzen und das öffentliche Wohl

den privaten Interessen voranzustellen. Ich bitte sie daher, dass Sie sich nun zum Handgiften erheben.